

Kurzbericht zum Kongress Stadt:Mensch:Heimat:

Die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen stehen vor großen Herausforderungen. Neben dem schon länger währenden wirtschaftlichen Strukturwandel sind auch neue Aufgaben zu meistern, die aus demografischen und sozialen Veränderungen resultieren, die aber auch mit der globalen Problematik des Klimawandels und mit der Überschuldung der öffentlichen Haushalte zu tun haben. Mit dem ersten großen Städtebaukongress seit neun Jahren hat das Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen am 25. Januar 2010 zu einem Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis nach Bonn eingeladen, um die komplexen Fragen zur Zukunft unserer Städte zu diskutieren und Handlungsansätze für die Akteure der Stadtentwicklung zu formulieren. Kooperatives Vorgehen mag selbstverständlicher geworden sein, es fällt aber leichter, wenn alle Beteiligten ein gemeinsames Problemverständnis entwickeln.

Das Bundeshaus in Bonn bot für diese Tagung mit ihren etwa 700 Teilnehmern den geeigneten Rahmen, insbesondere wegen der Ausstrahlung des von Günter Behnisch entworfenen Parlamentsgebäudes. Denn hierdurch konnte schon der Aspekt mit anklingen, den der Veranstalter für diesen Kongress besonders beleuchten wollte: die Bedeutung von Bauqualität und Baukultur für die Wahrnehmung von Gebäuden, von Stadt, von Heimat – als Impuls auch für ein wachsendes bürgerschaftliches Engagement in Fragen der Stadtentwicklung.

Das für den Kongress gewählte Motto „Stadt:Mensch:Heimat:“ machte deutlich, wer im Zentrum aller Überlegungen stehen muss: der Mensch *in seiner* Stadt. Das ist eine sehr persönliche Beziehung, die sich für jeden Bürger, für jede Bürgerin anders darstellt. Und wie deutlich dabei das Besondere des Ortes wahrgenommen wird – sei es positiv oder negativ – hängt von vielen individuell verschiedenen Erfahrungen und Bewertungsmaßstäben ab. Ein kurzer Film mit Äußerungen von Bürgern in NRW veranschaulichte zu Beginn des Kongresses die Bandbreite dessen, was Menschen in ihrer Stadt wahrnehmen, was sie schätzen und was sie stört. Was kann die Politik, was kann die kommunale Planung dazu beitragen, dass das Leben in Städten nicht nur funktioniert, sondern auch emotional befriedigt? Heimat, das steht für ein scheinbar selbstverständliches Gut, das Vertrautheit, Zusammengehörigkeit, Erinnern und Wiederfinden beinhaltet. Städte sind Heimat für den allergrößten Teil der Bewohner dieses Landes – kleine und größere und nicht wenige Großstädte. Sie schenken – ob individuell wahrgenommen oder nicht – ihren Bewohnern Heimatgefühl oder eben auch Heimatbewusstsein.

In einer globalisierten Welt und angesichts zunehmender sozialer Entwurzelung steigt die Wertschätzung des Regionalen, ja des Lokalen – damit aber auch die Notwendigkeit für die Akteure der Stadtentwicklung, die Unterscheidbarkeit von Orten zu bewahren. Hieraus erwächst die große Bedeutung des öffentlichen Raumes, der gebauten Stadt, der Pflege des Stadtbilds. Baukulturelle Leistung ist ein zivilisatorischer Prozess, der nicht automatisch zu guten Ergebnissen führen muss. Erst wenn ein Bewusstsein für gute Baukultur entwickelt ist, lässt sich eine Bewertung vornehmen, können Anforderungen an die Akteure in diesem Prozess formuliert werden. Und in diesem Zusammenhang ist dann auch zu entscheiden,

was Baukultur kosten darf – an Investitionen der öffentlichen Hand, an gesetzlichen oder sonstigen Auflagen an Investoren usw.

Lutz Lienenkämper, der Minister für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, begriff es in seinem **Einführungsreferat „Heimat schaffen!“** als eine aktuell „...große Chance, dass sich Gedanken über Stadtentwicklung oder Baukultur auch wirklich umsetzen lassen. Viele, sehr viele Bürgerinnen und Bürger denken über ihr Leben in Zeiten des demografischen Wandels, der energetischen Herausforderungen, der ganz eigenen, geänderten Anforderungen an ihr eigenes Lebensumfeld nach.“ Wenn vier von fünf Bürgern des Landes in Städten leben, heißt das, dass vor allem hier Heimat definiert und gelebt wird. Gleichzeitig konzentrieren sich Forschung und Kreativität, die Arbeit an neuen Entwicklungskonzepten gleich welcher Art im städtischen Umfeld. „Deshalb ist und bleibt die Stadt jener Ort, der sich am ehesten als räumliches Zentrum menschlicher Hoffnung erweist“, so der Minister weiter.

Mit Prof. Dr. Klaus Töpfer, der für diesen Kongress das **Grundsatzreferat „Die Zukunft unserer Städte“** hielt, kam ein Wissenschaftler und Politiker zu Wort, der seit den 1970er Jahren mit vielen Facetten von Raumordnung und Stadtentwicklung befasst war und der durch seine langjährige Tätigkeit am UN-Zentrum für Wohn- und Siedlungsfragen in Nairobi zugleich eine globale Sicht auf die hier diskutierten Fragen zur Stadtentwicklung werfen konnte. Er machte deutlich, dass es heute zwei grundverschiedene Tendenzen für Stadtentwicklung gibt: die des rasend schnellen, ungeplanten und kaum regulierbaren Wachstums von Megacities und Metropolen in Asien, Lateinamerika und Afrika; und die von Stagnation und Schrumpfung, wie sie für viele Agglomerationen in Europa zutrifft. Er forderte einen integrierten Blick auf Stadt, wie er auch in der 2007 verabschiedeten „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ zum Ausdruck komme. Die immer noch allgegenwärtigen Prinzipien der fast 80 Jahre alten, auf Funktionstrennung ausgerichteten „Charta von Athen“ – in der gebauten Stadt, aber auch im Bau- und Planungsrecht – erschweren eine Neuorientierung für die Stadtentwicklung in Europa. Hierzulande gehe es um die Sicherung der Standortqualitäten und darum, neue Stadtprofile zu erfinden. Funktionen und Nachbarschaften müssten dabei wieder zusammengebracht werden. „Die Attraktivität der Nähe muss größer werden, die der Fläche geringer!“, fügte Töpfer mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele der Bundesregierung zu einem reduzierten Flächenverbrauch hinzu. Er betonte den höheren Stellenwert von Nähe und Nachbarschaft, von lokaler und regionaler Identität in Zeiten einer fortschreitenden Globalisierung.

Nach diesen beiden, den Blick fürs Ganze bereitenden Referaten folgten vier thematisch eingegrenzte Perspektiven auf „Die Zukunft unserer Städte“. Dabei ging den Podiumsgesprächen mit drei bis vier Fachleuten aus Politik und Verwaltung, aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur jeweils ein Impulsreferat voraus. Hier bot sich dann auch der Raum für den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis, den der Kongress geben wollte.

THEMENBLOCK STADT:KLIMA

Das erste Dialogforum ... wäre ursprünglich das zweite gewesen; aber vielleicht entsprach diese technisch bedingte Änderung auch der Brisanz, die das Thema Klimawandel in der jüngsten Vergangenheit erfahren hat. „Stadt:Klima“ hieß es also zunächst, und der hierzu eingeladene Referent, Prof. Dr. Michael Naro-

doslawsky vom Institut für Prozess- und Partikeltechnik der TU Graz, eröffnete eine ungewöhnliche Perspektive auf die Stadt und ihre Rolle im Klimawandel: In Städten wird bekanntlich sehr viel Energie verbraucht und Wärme gespeichert, aber durch ein intelligentes *regionales* Wärmemanagement könnte die hier in die Umwelt abgegebene bzw. mit der Sonne aufgenommene Wärme als Ressource im Umland nutzbar gemacht werden – das wäre dann eine gewisse Entschärfung der „Hot Spots“, die Städte derzeit darstellen. Bei größerer Unterstützung durch die Politik – und entsprechender Investitionsbereitschaft von öffentlicher und privater Seite – ließe sich eine intelligente Netztechnik installieren, mit der Städte einen Beitrag zur Klimaentlastung leisten würden. Im anschließenden, von Achim Dahlheimer (Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen) moderierten Dialogforum wurde zum einen deutlich, wie entscheidend die Situation der kommunalen Haushalte für einen Fortschritt auf diesem Gebiet ist: Die Förderung energetischer Sanierung im Bestand ist Kommunen, die der Haushaltssicherung unterliegen, kaum möglich. Zum anderen wurde klargestellt, wie wichtig die regionale Vernetzung ist, um bei der Energieerzeugung und Wärmeversorgung in Richtung „null Emissionen“ voranzukommen. Die Einschätzung, dass energetische Fassadensanierung und Denkmalschutz nicht leicht miteinander zu vereinbaren sind, dass aber in solchen Bauten prioritär auch alternative Maßnahmen der Energieeinsparung ergriffen werden könnten, zeigt die Wichtigkeit einer starken, sensibilisierenden Öffentlichkeitsarbeit. Mit dem in NRW gegründeten „Netzwerk Klimakommune“ zur Förderung des interkommunalen Erfahrungsaustauschs wäre ein guter Weg eingeschlagen, um beim Thema „Stadt:Klima“ Fortschritte zu erzielen.

THEMENBLOCK STADT:BAUKULTUR

Zum Auftakt des von Prof. Christa Reicher (TU Dortmund) moderierten Dialogforums „Stadt:Baukultur“ wurde zunächst klargestellt, dass es bei Baukultur keineswegs um ein Luxusproblem unserer Städte gehe, weil man der gebauten Umwelt in seinem Alltag permanent ausgesetzt sei – bewusst oder unbewusst, negativ oder positiv. Prof. Volkwin Marg aus Hamburg, der sich als Architekt seit Jahrzehnten mit angewandter Baukultur auseinandersetzt und der an der Zielsetzung der Bundesstiftung Baukultur mitgewirkt hat, stellte in seinem Impulsreferat einen Konflikt in den Mittelpunkt: das Anliegen von Baukultur, das Vorhandene zu bewahren und die kulturelle Leistung von Generationen für die Nachwelt zu sichern; und die Tatsache, dass der technische und gesellschaftliche Fortschritt ein dynamischer Prozess ist, der zwingend mit Veränderungen einhergeht. Für die Vermittlung zwischen beiden Polen sei die demokratische Verfassung unseres Staates eine gute Grundlage, denn sie ermögliche in mitunter zeitraubenden Abstimmungsprozessen – „der schönste gesellschaftliche Luxus“ – zu vernünftigen Kompromissen in der Stadtlandschaft zu kommen und stets Korrekturen vornehmen zu können. Die Beteiligten an diesem Dialogforum diskutierten, welche Beziehung zwischen Kunst, Kultur und Baukultur besteht, ob sich Baudezernenten als Kulturschaffende verstehen können, was man von Alltagsarchitektur erwartet, was von Stararchitektur zu halten ist. Festgemacht an den Strukturen im Ruhrgebiet wurde klar, wie wichtig es ist, eine emotionale Beziehung zur gebauten Umwelt aufzubauen. Städtebau ist nicht nur ergebnisorientiert, sondern auch als Prozess zu sehen, der Dialogfähigkeit voraussetzt. Eine bessere baukulturelle Bildung könnte den Stellenwert von Baukultur in der öffentlichen Auseinandersetzung stärken und damit auch den kommunalen Handlungsspielraum auf diesem Gebiet: als Bauherr und als Genehmigungsbehörde.

THEMENBLOCK STADT:MACHEN

Mit seinem dritten Dialogforum „Stadt:Machen“ wandte sich der Kongress der Frage zu, wie Stadt entsteht und durch wen. Prof. Christa Reicher, die auch dieses Forum moderierte, fragte, wie es um die Stadt stehe, wenn Stadtgestaltung immer mehr in privater Regie geschehe, wenn Stararchitekten sich in Flaggschiffprojekten verwirklichen könnten, statt alltagstauglich und dem Ort angemessen zu bauen. Prof. Dr. Claus Leggewie vom Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen beschrieb in seinem Impulsreferat zunächst das kritische Verhältnis von Stadtsoziologen zur Großstadt, ihren Focus auf Unwirtlichkeit und Unwirklichkeit. Claus Leggewie verband Großstädte aber auch mit Attributen wie Vielfalt und Durchmischung, also mit Eigenschaften, die in der komplexen Gesellschaft von heute vorteilhaft sind. Mit Blick auf ein notwendiges Maß an Stadtplanung kam er auf die große Aufgabe der Gegenwart zu sprechen: das Ressourcen sparende und der Nachhaltigkeit verpflichtete Planen und Bauen. Und er erinnerte daran, dass die ökologische „Schadensbilanz“ eines Großstädtlers *relativ* gering ist – im Vergleich zu der von Vorstadtbewohnern. Der Klimawandel bedeute auch einen Wandel der urbanen Kultur. Dies zeige sich in innovativen Projekten und kollektiv getragenen Modellen einer nachhaltigen Großstadt wie „Low Carbon Cities“ oder „Smart Cities“. Dieser Wandel müsse sich auch in einer neuen Planungskultur zeigen, bei der „die verantwortliche Beteiligung einer problembewussten Bürgergesellschaft nicht länger als Hemmschuh und Zeitvergeudung“ angesehen werde. Leggewie verortete die Zukunft in den großen Städten.

In der anschließenden Diskussion wurde das starre und überregulierte öffentliche Recht als ein Hinderungsgrund dafür angeführt, dass es in Deutschland eine so geringe Bereitschaft zu flexiblem Handeln gebe. Kommunales Handeln sei zudem heute immer mehr auf eine regionale Vernetzung angewiesen. Und weil Planungsprozesse insgesamt vielschichtiger seien als früher, müssten langwierige Abstimmungsprozesse in Kauf genommen werden, die nicht zum kurzen Zeithorizont eines Investors passten; in jedem Falle seien Moderationsfähigkeiten gefragt. Wenn man aber davon ausgehe, dass nur 15 % aller Baumaßnahmen in öffentlichem Auftrag erfolgen, müsse baukulturelle Verantwortung offensichtlich vor allem im privaten Bereich wahrgenommen werden, könne sich Stadtplanung auf die Wahrung des Stadtgrundrisses und die Sicherung des öffentlichen Raumes beschränken, sei Überregulierung also vermeidbar. Aus der Sicht privater Bauherren hat der Mehrwert eine zentrale Bedeutung, den eine Immobilie durch die Investition erfährt; die Verlässlichkeit der Verwaltung, die Standfestigkeit der Baudezernenten seien wichtige Voraussetzungen für Investitionssicherheit. Weil Fördergelder für lokale Baumaßnahmen mit baukulturellem Anspruch heute kaum noch zur Verfügung stehen, sei es umso wichtiger, dass sich vor Ort die entsprechend leistungswilligen Partner zusammenfinden; insofern gelinge es heute nicht mehr, dass „von oben“ derartige Projekte angestoßen *und umgesetzt* werden können.

THEMENBLOCK STADT:LEBEN

Das abschließende Dialogforum „Stadt:Leben“ wurde von Karl Jasper, Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, moderiert. Es stellte sich der Frage, wer in Städten mit welchen Ansprüchen, aus welchen Gründen und in welchen Zusammenhängen lebt, was urbanes Leben beinhaltet. Wie passen die Anonymität in Städten und die Vorstellung zusammen, auch hier Identität und Heimat ausmachen zu können? Prof. Dr. Walter Siebel vom Institut für Sozi-

alwissenschafter an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg stellte die soziokulturelle Vielfalt in Städten („Mosaik“) bei gleichzeitig räumlicher Trennung spezifischer Lebenswelten („Verinselung“) in den Mittelpunkt seines Impulsreferats. Wer in seiner Stadt alt werden wolle, finde in ihr Vertrautheit und Heimat. Wer Anonymität suche, finde sie nur in großen Städten; wer zuwandere, dem gelinge aber gerade dort am ehesten eine Integration in passende Milieus. Für berufs-zentrierte Bewohner habe die Stadt hingegen vor allem Qualitäten eines großen, sie im Alltag unterstützenden Dienstleistungszentrums. Räumliche Segregation vermindere zwar das Reibungspotenzial gemischter Nachbarschaften und könne insofern auch positiv bewertet werden. *Freiwillige* Mobilität sei in Städten aber auch ein Wohlstandsphänomen. In Verbindung mit einer vor allem armutsbedingten Immobilität komme es zur Herausbildung von Problemquartieren, in denen sich die Bewohner sozial ausgegrenzt erleben. In Großstädten könne es zu einer sichtbaren sozialen Polarisierung kommen: durch das direkte Nebeneinander aufstrebender und wohlhabender Quartiere (mit zeitgemäßer Verbindung von Arbeiten und Wohnen) und „abgehängter“ Armutsquartiere (mit einer Verschärfung von Konflikten jeder Art). Urbanität beinhalte, so Walter Siebel, Spannungsorte, Widersprüche von Lebensformen, von Geschichte und Gegenwart, Anonymität und Heimat, rationale Ordnung und labyrinthisches Chaos. Urbanität könne man nicht planen – und mit Wirtschaftsförderung auch noch keine kreativen Milieus erzeugen.

Als Konsequenz im Umgang mit den Problemen der modernen (Groß-)Stadt wurde im anschließenden Diskussionsforum für das politische Handeln die Wichtigkeit einer breiten Kommunikation betont, die alle Bewohner einer Stadt erreichen und einbinden müsse.

Die lange Tradition der kommunalen Selbstverwaltung biete in Deutschland eine gute Grundlage dafür, zu richtigen Entscheidungen in der Stadtentwicklung zu kommen, doch sei die derzeit häufige Einschränkung kommunalen Handelns durch Haushaltssicherungsgesetze ein Problem. Ob die Architektur in der Lage sei, dem Stadtbewohner Identität mit seinem Lebensraum zu vermitteln, blieb strittig: Mit einer architektonischen Neuerung (wie etwa in Bilbao) seien Identität *und* Kontinuität nicht herzustellen. Identität zu stiften sei vor allem die Aufgabe öffentlicher Gebäude, während bei Wohngebäuden die Nutzungsqualität, die Aneignung durch die Bewohnerschaft im Vordergrund stehen sollte.

Sollen kreative Milieus als Katalysatoren einer nachhaltigen Stadtentwicklung eine Chance haben, müsse die Kommune für entsprechend preiswerten Wohn- und Arbeitsraum sorgen.

Die städtebauliche Erneuerung müsse sich auf Wohnungen und Wohnumfeld lange vernachlässigter Innenstädte konzentrieren, um dem Ausweichen des privaten Wohnungsbaus auf neue Flächen entgegen zu wirken (Flächensparziel). In der Umnutzung überzähliger Büroflächen in Innenstädten liege eine Chance, Druck vom Markt für Wohnungsneubau zu nehmen. Es sei sinnvoll, vorhandenes privates Engagement zur Aufwertung von Stadtquartieren von kommunaler Seite zu unterstützen.

Insgesamt müsste Stadtentwicklung als integrierter Prozess laufen, also nicht nur Stadtplanung beteiligen, sondern auch Schulverwaltung, Kulturessort usw. – und die Bürgerinnen und Bürger; eine Forderung, der sich die Politik grundsätzlich schon heute verpflichtet sieht. Angesichts der sich weiter verschlechternden Lage der kommunalen Haushalte sei es wichtiger denn je, Synergien zu nutzen und zu

schaffen. In Prozessen der Bürgerbeteiligung zeige sich die Wichtigkeit klarer Fragestellungen, realistischer Einschätzungen des Handlungsspielraums. Politik(er) müssten hier auch moderierend tätig sein, architektonische Maßstäbe sowie der Rahmen städtebaulicher Planung kommuniziert werden.

Ann Katrin Bohle (Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen) schloss die Diskussion des Tages damit ab, dass der Kongress erste Antworten auf die komplexen Fragen für die Zukunft der Städte geliefert hat, weitere Diskussionen werden folgen.

Lutz Meltzer